

142386-2025 - Wettbewerb

Deutschland – Dienstleistungen von Architektur-, Konstruktions- und Ingenieurbüros und Prüfstellen – Objektplanung Freianlagen Park Babelsberg

OJ S 44/2025 04/03/2025

Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung - Änderungsbekanntmachung Dienstleistungen

1. Beschaffer

1.1. Beschaffer

Offizielle Bezeichnung: Stiftung Preußische Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg

E-Mail: vergabestelle@spsg.de

Rechtsform des Erwerbers: Von einer regionalen Gebietskörperschaft kontrollierte Einrichtung des öffentlichen Rechts

Tätigkeit des öffentlichen Auftraggebers: Freizeit, Sport, Kultur und Religion

2. Verfahren

2.1. Verfahren

Titel: Objektplanung Freianlagen Park Babelsberg

Beschreibung: Park Babelsberg, Bewässerungssystem, Sanierung Brauchwasserleitungen und Herstellung Tiefenbrunnen: Vergabe der Objektplanung Freianlagen gem. HOAI §39, Leistungsphasen 2-9. Der Park Babelsberg und das dazugehörige Schloss liegen gemeinsam mit zahlreichen weiteren Denkmälern innerhalb der UNESCO-Welterbestätte "Berlin-Potsdamer Kulturlandschaft" und genießen somit weitreichenden Umgebungsschutz. Klimawandelbedingte Niederschlagseinbußen haben in den vergangenen Jahren zu dramatischen Absterbeprozessen in den Gehölzflächen und zur Verarmung der Böden im Park geführt. Um langfristig den Erhalt des Gartendenkmals im Bestand und durch Nachpflanzungen zu sichern, ist dringlich eine Versorgung des Parks mit Gartenwasser herzustellen. Mit Mitteln aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) soll daher im Förderzeitraum 2022 - 2027 ein (weiterer) Teilbereich des bestehenden Brauchwasserleitungsnetzes im Park Babelsberg saniert sowie ein Tiefenbrunnen als zusätzliche Wasserquelle realisiert werden. In Zusammenhang mit den Tiefbaumaßnahmen sind vorbereitende Maßnahmen erforderlich (insb. Anlage Baustraßen und Schutzmaßnahmen für Bäume/Gehölze/artenschutzrelevante Flächen). Im Anschluss sind die von den Baumaßnahmen betroffenen Wege/Vegetationsflächen wiederherzustellen. Vergeben werden die Objektplanungsleistungen für Freianlagen gem. HOAI §§38 ff. Eine losweise Vergabe ist nicht beabsichtigt. Die Vergabe erfolgt stufenweise ohne Rechtsanspruch auf die Beauftragung aller Leistungsstufen.

Kennung des Verfahrens: 1eb3e333-7bc8-4d8c-b08f-f61978975de7

Interne Kennung: 4252013

Verfahrensart: Verhandlungsverfahren mit vorheriger Veröffentlichung eines Aufrufs zum Wettbewerb/Verhandlungsverfahren

Das Verfahren wird beschleunigt: nein

2.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 71000000 Dienstleistungen von Architektur-, Konstruktions- und Ingenieurbüros und Prüfstellen

2.1.2. Erfüllungsort

Postanschrift: Park Babelsberg

Stadt: Potsdam

Postleitzahl: 14482

Land, Gliederung (NUTS): Potsdam, Kreisfreie Stadt (DE404)

Land: Deutschland

2.1.4. Allgemeine Informationen

Zusätzliche Informationen: Bekanntmachungs-ID: CXURYDYDT6V8XYCH Unter <https://vergabemarktplatz.brandenburg.de/VMPCenter/company/welcome.do> können Vergabeunterlagen kostenlos angefordert und heruntergeladen und Nachrichten der Vergabestelle eingesehen werden. Zum Download der Unterlagen wird keine zusätzliche Software benötigt. Die Beantwortung von Bieteranfragen sowie sämtliche Kommunikation zwischen Bietern und der Vergabestelle erfolgt ausschließlich über das o.g. Vergabeportal.

Rechtsgrundlage:

Richtlinie 2014/24/EU

vgv -

2.1.6. Ausschlussgründe

Der Zahlungsunfähigkeit vergleichbare Lage gemäß nationaler Rechtsvorschriften: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Konkurs: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Korruption: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Vergleichsverfahren: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Beteiligung an einer kriminellen Vereinigung: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Vereinbarungen mit anderen Wirtschaftsteilnehmern zur Verzerrung des Wettbewerbs:

Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Verstoß gegen umweltrechtliche Verpflichtungen: Zwingende bzw. fakultative

Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Geldwäsche oder Terrorismusfinanzierung: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Betrugsbekämpfung: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Kinderarbeit und andere Formen des Menschenhandels: Zwingende bzw. fakultative

Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Zahlungsunfähigkeit: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Verstoß gegen arbeitsrechtliche Verpflichtungen: Zwingende bzw. fakultative

Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Verwaltung der Vermögenswerte durch einen Insolvenzverwalter: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Falsche Angaben, verweigerte Informationen, die nicht in der Lage sind, die erforderlichen Unterlagen vorzulegen, und haben vertrauliche Informationen über dieses Verfahren erhalten.:

Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Interessenkonflikt aufgrund seiner Teilnahme an dem Vergabeverfahren: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Direkte oder indirekte Beteiligung an der Vorbereitung des Vergabeverfahrens: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Schwere Verfehlung im Rahmen der beruflichen Tätigkeit: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB
Vorzeitige Beendigung, Schadensersatz oder andere vergleichbare Sanktionen: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB
Verstoß gegen sozialrechtliche Verpflichtungen: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB
Zahlung der Sozialversicherungsbeiträge: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB
Einstellung der gewerblichen Tätigkeit: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB
Entrichtung von Steuern: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB
Terroristische Straftaten oder Straftaten im Zusammenhang mit terroristischen Aktivitäten: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

5. Los

5.1. Los: LOT-0001

Titel: Objektplanung Freianlagen Park Babelsberg

Beschreibung: Der Park Babelsberg besitzt ein mehr als 20 Kilometer langes Brauchwasserleitungsnetz aus dem Erbauungszeitraum des Parks in der Mitte des 19. Jahrhunderts. Das Leitungsnetz diente neben der Versorgung der Brunnen und Wasserspiele, aber vor allem der Bewässerung der Parkanlage. Mit Ende der Kaiserzeit 1918 wurden große Teile der Wasserspiele mit den dazugehörigen Leitungen stillgelegt, mit dem Bau der Mauer und dem Ausbau der Grenzanlagen in den 1960er Jahren dann fast das komplette Leitungsnetz aufgegeben. Im Rahmen des Sonderinvestitionsprogramms I von 2013-2016 wurden ersten Teilbereiche des Leitungsnetzes im Nordbereich des Parks rund um das Schloss Babelsberg saniert. So betreibt die Stiftung aktuell knapp 10 Kilometer des Brauchwasserleitungsnetzes im Park Babelsberg. Trotzdem verfügt der größte Teil des Babelsberger Parks über keine Brauchwasserversorgung - mehr als dreiviertel der Parkfläche sind nicht in Betrieb. Die Leitungen mit verschiedenen Querschnitten sind überwiegend marode, undicht und innerlich wie äußerlich korrodiert. Gleicher Zustand gilt für die Schieber und Schieberklappen sowie das Beschilderungssystem. Ziel der Maßnahme ist die Instandsetzung des Brauchwasserleitungsnetzes mit der Sanierung von ca. 3.000 m Bewässerungsleitungen im südlichen und südöstlichen Bereich des Gartendenkmals. Dies beinhaltet die nachhaltige Revitalisierung der historischen Leitungen oder ggf. den Neubau von Brauchwasserleitungen sowie die Instandsetzung der Schieberklappen und der Kennzeichnung in Form der historisch eingeführten Beschilderung. Um im Bedarfsfall die Versorgung der Parkanlage mit Grundwasser sicherzustellen sind Tiefbrunnen geplant. Ziele des Projektes sind insbesondere eine stabile nachhaltige Wasserversorgung der historischen Gartenanlagen, die Erhöhung der Resilienz der Gartenanlagen gegen den Klimawandel sowie ein Ressourcensparendes Wassermanagement. Das Vorhaben wird unter Inanspruchnahme von Fördermitteln (EFRE) realisiert. Der gesamte Planungs- und Realisierungsprozess ist unter Beachtung/ Einhaltung der Förderbedingungen zu gestalten. Im Zusammenhang mit den Tiefbaumaßnahmen sind Leistungen der Objektplanung für Freianlagen gem. HOAI §39 erforderlich. Die Planungsleistungen betreffen im Einzelnen: 1. Herstellung von mind. zwei Baustraßen (Schotter/Asphalt) im Bereich von Wegetrassen und Wiesenflächen. 2. Herstellung von Einzelbaumschutz und flächigen Gehölzpflanzungen im Bereich von Baustraßen und Baustellenbereichen. 3. Herstellung von Schutzmaßnahmen für ggf. artenschutzrelevante Bereiche/Flächen. 4. Durchführung von ggf. einzelnen Baumfällungen, Gehölzrückschnitten

und -rodungen. 5. Wiederherstellung/Anpassung von wassergebundenen/gepflasterten /asphaltieren Wegen / Wegeabschnitten im Bereich von Baustellen (Tiefenbrunnen, Kopflöcher und Gräben). 6. Wiederherstellung/Anpassung von Vegetationsflächen (Scherrasen, Wiesen, offene Wald- bzw. Vegetationsflächen) 7. Herstellung von Baum- und Gehölzpflanzungen ggf. als Ersatzpflanzungen. Die geplanten Baumaßnahmen zeichnen sich zusammenfassend wie folgt aus: 1. Freiraumtyp: historische Gartenanlage/Gartendenkmal; 2. Art der Baumaßnahme: Erstellung Baustraßen, Erstellung/Beseitigung provisorischer (Schutz-) Maßnahmen sowie Wiederherstellung von Wegen/Vegetationsflächen/Pflanzungen; 3. Größenordnung der zu bearbeitenden Fläche: ca. 4.000 qm; 4. anrechenbare Kosten für die Freianlagen in KGr 500 nach DIN 276: rd. 0,45 Mio. EUR brutto. Die genannten Kosten sind als Obergrenze definiert. Vergeben werden die Grundleistungen gem. HOAI §39, Leistungsphasen 2-9 (soweit erforderlich) sowie ausgewählte Besondere Leistungen (insb. Mitwirken beim Einholen von Genehmigungen und Erlaubnissen nach Naturschutzrecht und Baubegleitende [Foto-] Dokumentation). Die Vergabe erfolgt stufenweise (s.a. "Optionen"). Optionale Leistungen: s. Ziff. 5.1.1 "Optionen". Voraussichtlicher Zeitrahmen: 1. Beauftragung: Ende 2. Quartal 2025; 2. Realisierung: 11/2026 bis 10/2027; 3. Projektabschluss (inkl. Verwendungsnachweis): bis 06/2028. Interne Kennung: 4252013

5.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 71000000 Dienstleistungen von Architektur-, Konstruktions- und Ingenieurbüros und Prüfstellen

Optionen:

Beschreibung der Optionen: (1) Die Vergabe erfolgt stufenweise ohne Rechtsanspruch auf die Beauftragung aller Leistungsstufen. Mit Vertragsschluss ist beabsichtigt, die Leistungsstufe 1 (LPh 2-4 gem. HOAI §39) zu beauftragen. (2) Die weiteren Stufen werden bei Fortsetzung der Planung und Ausführung der Baumaßnahme(n) / Zurverfügungstellung der Finanzmittel einzeln oder im Ganzen, ggf. auch teilbereichsbezogen, schriftlich beauftragt. Aus der stufenweisen Beauftragung bzw. Nichtbeauftragung der weiteren Stufen ergibt sich kein Anspruch für den Auftragnehmer auf eine höhere bzw. zusätzliche Vergütung. Wesentliche Voraussetzungen für die weitere Beauftragung sind insb. die Einhaltung der Kosten und Termine, die vorhandenen oder sich ggf. ändernden Finanzierungsgrundlagen sowie die Genehmigungsfähigkeit. (3) Ggf. Vergabe weiterer Besonderer Leistungen aus dem Leistungsbild Objektplanung Freianlagen. Auswahlkriterien: Objektive Kriterien für die Auswahl der begrenzten Zahl von Bewerbern: (1) Die fristgerechte Vorlage der geforderten Nachweise, Erklärungen und der vollständig ausgefüllte Teilnahmeantrag. (2) Die Beschränkung der Zahl der Bewerber, die zur Angebotsabgabe aufgefordert werden erfolgt auf Grundlage der zum Nachweis der Eignung gemachten Angaben, vorgelegten Erklärungen und Unterlagen mit einem Schwerpunkt bei den Referenzprojekten. Die maximal erreichbare Punktzahl beträgt 970 Punkte (Finanzielle und wirtschaftliche Leistungsfähigkeit: rd. 19,6 %; Technische und berufliche Leistungsfähigkeit: rd. 80,4 %). Wertung im Einzelnen (max. Punktzahl bei): 1.1 Nettojahresgesamtumsatz (EURO) im Mittel der letzten drei Geschäftsjahre (2022, 2023, 2024 [ggf. als Prognose]): größer 0,16 Mio. EUR; 1.2 Nettojahresumsatz (EURO) im Page 9/12 Leistungsbild Objektplanung für Freianlagen i.S. HOAI 2021 §39 im Mittel der letzten drei Geschäftsjahre (2022, 2023, 2024 [ggf. als Prognose]): größer 0,12 Mio. EUR; 2.1.1 Anzahl (Vollzeitäquivalent) der festangestellten Architekten und Ingenieure (inkl. Führungskräfte) im Leistungsbild Objektplanung für Freianlagen im Sinne HOAI 2021 §39 im Mittel der letzten 3 Jahre (2022, 2023, 2024): größer 4; 2.2.1-2.2.7 Referenzprojekte übergeordnet: 2.2.1 öffentlicher Auftrag im Sinne GWB §103; 2.2.2 Anrechenbare Kosten für Freianlagen in KGr

500 nach DIN 276 in Euro netto: größer 0,27 Mio. EUR; 2.2.3 Freiraumplanerisch bearbeitete Fläche: größer 3.000 qm; 2.2.4 Bearbeitete Leistungsphasen i.S. HOAI 2021 §39: größer /gleich 7 LPh; 2.2.5 Honorarzone(n) im Sinne HOAI 2021 §40: größer/gleich III; 2.2.6 Typologie: Gartendenkmal; 2.2.7 Art der Baumaßnahme i.S. HOAI 2021 §2: Wiederherstellung /Rekonstruktion [Wiederaufbau]; 2.2.8-2.2.15 Zusätzliche Angaben (je Leistung/ Projektmerkmal geht max. ein Referenzprojekt positiv in die Wertung ein): 2.2.8 Planungsleistungen für Landschaftspark mit Waldparkflächen; 2.2.9 Planungsleistungen für Landschaftspark mit bewegter Topographie; 2.2.10 Planungsleistungen für die (Wieder-) Herstellung von wassergebundenen Flächen und/oder (Wieder-) Herstellung von mit Natursteinpflaster befestigten Flächen; 2.2.11 Planungsleistungen für die (Wieder-) Herstellung von befestigten Flächen unter Verwendung vorhandener historischer Materialien (Natursteinpflaster, Borde, Klinker, Stahlkante o.ä.); 2.2.12 Planungsleistungen für die (Wieder-) Herstellung/Anpassung von Vegetationsflächen (Rasen, Wiesen, Wald u.vgl.); 2.2.13 Planungsleistungen für Baum- und/oder Gehölzpflanzungen (Erst- bzw. Ersatzpflanzungen); 2.2.14 Planungsleistungen für Einzelbaumschutzmaßnahmen und/oder Schutzmaßnahmen für flächige Gehölzpflanzungen; 2.2.15 Planungsleistungen für temporäre Baustraße(n) und /oder Baustelleneinrichtung(en) in einer Park-/ Gartenanlage. Detaillierte Angaben zur Bewertung können der "Bewertungsmatrix Stufe 1 - Teilnahmewettbewerb" im Anhang zum Teilnahmeantrag (s. Vergabeunterlagen - Dokument "Teilnahmeantrag") entnommen werden. (3) Soweit die Mindestanforderungen erfüllt sind, ist die Rangfolge der erreichten Punkte für die Auswahl maßgebend (§51 VgV). Erfüllen mehrere Bewerber gleichermaßen die Anforderungen und ist die Bewerberzahl auch nach einer objektiven Auswahl entsprechend den zu Grunde gelegten Eignungskriterien zu hoch, kann die Auswahl unter den verbleibenden Bewerbern durch Los getroffen werden (§75 [6] VgV). Kriterium: Art: Qualität Bezeichnung: Personaleinsatzplanung (nach näherer Maßgabe der Vergabeunterlagen, hier: Dokument "Zuschlagskriterien") Gewichtung (Prozentanteil, genau): 17,0 Kriterium: Art: Qualität Bezeichnung: Strukturelle Herangehensweise (siehe oben) Gewichtung Prozentanteil, genau): 27,7 Kriterium: Art: Qualität Bezeichnung: Herangehensweise an komplexe fachtechnische Aufgabenstellungen (siehe oben) Gewichtung (Prozentanteil, genau): 25,5 Kriterium: Art: Kosten Bezeichnung: Preis Gewichtung (Prozentanteil, genau): 29,8

5.1.2. Erfüllungsort

Postanschrift: Park Babelsberg
Stadt: Potsdam
Postleitzahl: 14482
Land, Gliederung (NUTS): Potsdam, Kreisfreie Stadt (DE404)
Land: Deutschland

5.1.3. Geschätzte Dauer

Datum des Beginns: 21/07/2025
Enddatum der Laufzeit: 31/12/2027

5.1.4. Verlängerung

Maximale Verlängerungen: 0

5.1.6. Allgemeine Informationen

Die Namen und beruflichen Qualifikationen des zur Auftragsausführung eingesetzten Personals sind anzugeben: Erforderlich für den Teilnahmeantrag
Auftragsvergabeprojekt nicht aus EU-Mitteln finanziert
Die Beschaffung fällt unter das Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen: ja
Diese Auftragsvergabe ist auch für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) geeignet: ja

Zusätzliche Informationen: #Besonders geeignet für:freelance# (1) Folgende Unterlagen sind Bestandteil der Vergabeunterlagen: Aufgabenstellung (Stand 01/2025), Lageplan Bewässerungssystem Park Babelsberg, Vertragsentwurf sowie folgende - im Falle der Angebotsaufforderung - unterzeichnet vorzulegenden Dokumente (Formblätter): 1. Vereinbarung zur Einhaltung der Mindestanforderungen nach dem BbgVergG; 2. Angaben für Abfrage beim Wettbewerbsregister. Eine Kenntnis dieser Unterlagen ist für das Bewerbungsverfahren nicht erforderlich. (2) In der 2. Stufe des Verfahrens werden den ausgewählten Unternehmen weitere Unterlagen zur Verfügung gestellt (u.a. Formblatt für Honorarangebote sowie ggf. weitere ausgewählte Bestandsunterlagen). (3) Im Falle der Angebotsaufforderung sind neben einem Honorarangebot und einem Konzept zu den nichtpreislichen Zuschlagskriterien weitere Unterlagen/Erklärungen vorzulegen (u.a. Vereinbarung zur Einhaltung der Mindestanforderungen nach dem Brandenburgischen Vergabegesetz, Angaben für die Abfrage beim Wettbewerbsregister sowie ggf. - soweit nicht bereits mit dem Teilnahmeantrag erfolgt - Erklärungen für Unterauftragnehmer). (4) Die angegebene Vertragslaufzeit (30 Monate) ist als Zirka-Angabe zu verstehen; Angabe ohne LPh 9 der Planer / Gewährleistungszeit, Verwendungsnachweis. Die Angabe inkludiert eine ca. 3-monatige Unterbrechung im Fall von Unterlagenprüfung durch Dritte (z.B. Zuwendungsgeber/Bauaufsicht). (5) Der Auftraggeber wird für den Bieter, auf dessen Angebot der Zuschlag erteilt werden soll, eine Anfrage beim Wettbewerbsregister (Bundeskartellamt) durchführen.

5.1.7. Strategische Auftragsvergabe

Ziel der strategischen Auftragsvergabe: Keine strategische Beschaffung

5.1.9. Eignungskriterien

Kriterium:

Art: Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Bezeichnung: Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Beschreibung des Eignungskriteriums: Alle nachfolgend geforderten Angaben sind vom Bewerber - bei Bewerbungsgemeinschaften von der Bewerbungsgemeinschaft insgesamt - unter Berücksichtigung der relevanten Angaben eventueller Eignungsverleiher zu machen; fehlen Angaben oder sind unvollständig - ggf. auf Nachforderung gemäß VgV Page 7/12 §56 (2) - wird der Bewerber/die Bewerbungsgemeinschaft ausgeschlossen: (1) Umsatz: Eigenerklärung (Teilnahmeantrag Punkt 4.1) zum Netto-Jahresgesamtumsatz in den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren (2022, 2023, 2024 [ggf. als Prognose]) sowie zum Netto-Jahresumsatz im Leistungsbild Objektplanung Freianlagen im Sinne HOAI 2021 §39. Im Falle der Einschaltung eines Nachunternehmers darf der Umsatz des Nachunternehmers nur entsprechend seines Anteils am Gesamtauftrag angegeben werden, wenn der Nachunternehmer diesen Umsatz mit vergleichbaren Leistungen erzielt hat ["Eigenerklärungen /Auflagen" - Unterpunkt f, sind zu beachten]. (2) Geforderte Kautionen/Sicherheiten: Der Auftragnehmer hat im Auftragsfall eine Berufshaftpflichtversicherung nachzuweisen und für die gesamte Dauer des Vertrages aufrechtzuerhalten. Eine Erklärung, dass diese im Auftragsfall abgeschlossen wird, ist erforderlich (Teilnahmeantrag Punkt 2). Bei Arbeitsgemeinschaften muss der Versicherungsschutz für alle Mitglieder in voller Höhe bestehen oder gegebenenfalls eine projektbezogene Versicherung abgeschlossen werden. Auf Grundlage des RBBau-Vertrags, Anlage 1, ist eine Vertragserfüllungsbürgschaft mit 5 % der Auftragssumme erforderlich und damit Vertragsbestandteil. Folgende Mindestanforderungen sind zu erfüllen; Bewerbungen, die diese Mindestanforderungen nicht erfüllen, werden vom weiteren Vergabeverfahren zwingend ausgeschlossen: Zu (1): Keine. Zu (2): Berufshaftpflicht mit einer Deckungssumme von mindestens 0,5 Millionen EURO je Schadensfall für Personenschäden

sowie 1,0 Millionen EURO für sonstige Schäden je Auftragnehmer (Bewerber/Mitglied der Bewerbergemeinschaft).

Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Kriterium:

Art: Sonstiges

Bezeichnung: Sonstiges

Beschreibung des Eignungskriteriums: Die geforderten Erklärungen und Angaben werden im Rahmen der zu verwendenden Formblätter (Teilnahmeantrag, Eigenerklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen [Formular 4.1 EU] sowie - sofern zutreffend - Bewerbergemeinschaftserklärung [Formular 4.2], Erklärungen für Nachunternehmer [Formular 4.3 EU / 4.4 EU]) präzisiert und abgefordert und sind nicht separat zu erklären/abzugeben. Die Formblätter sind in deutscher Sprache vollständig auszufüllen. Eine Unterschrift ist bei elektronischer Bewerbung nicht erforderlich, der Name des Erklärenden/der bevollmächtigten Person sowie der Name des Unternehmens ist jedoch zwingend anzugeben. Im Falle einer Bewerbergemeinschaft sind die Angaben für das sich bewerbende Team als Ganzes vorzunehmen. Je Bewerbung ist nur ein Teilnahmeantrag zugelassen. Der bevollmächtigte Vertreter füllt den Teilnahmeantrag aus. Die Bewerbungsunterlagen sind elektronisch unter Nutzung des sog. Bietertools auf der Vergabeplattform bis zu der festgesetzten Frist einzureichen, ansonsten wird der Bewerber/die Bewerbergemeinschaft zwingend ausgeschlossen. Die Nichtvorlage bzw. die Vorlage nicht vollständiger Unterlagen, Erklärungen und Nachweise - auch auf Nachforderung gemäß VgV §56 [2] - hat den zwingenden Ausschluss vom weiteren Verfahren zur Folge. Eine Nachforderung bei fehlerhaften Referenznachweisen ist über den Umfang der Liste in Pkt. 5.1 des Teilnahmeantrages hinaus nicht vorgesehen. Die Bewerbungsunterlagen verbleiben beim Auftraggeber. Ein Anspruch auf Kostenerstattung besteht nicht. (2) Sofern der Bewerber eine Einheitliche Europäische Eigenerklärung einreichen möchte, muss er sicherstellen, dass die EEE sämtliche zuvor genannten Angaben/Erklärungen/Nachweise enthält. Die EEE muss nicht verwendet werden, wenn der Teilnahmeantrag inkl. Anlagen vollständig ausgefüllt eingereicht wird. (3) Auf der Vergabeplattform können alle Vergabeunterlagen (Formblätter [s. o.] inkl. Bewertungsmatrix Stufe 1 [im Anhang zum Teilnahmeantrag] sowie Zuschlagskriterien /Bewertungsmatrix Stufe 2 und die weiteren Unterlagen) sowie Änderungen/ Ergänzungen zur Bekanntmachung u.ä. wie auch die weiteren Auskünfte abgerufen werden. Bewerber sind verpflichtet, sich eigenständig die Informationen dort zu verschaffen. (4) Rückfragen werden nur zugelassen und beantwortet, wenn sie so rechtzeitig eingehen, dass der Auftraggeber 6 Tage vor Ablauf der Bewerbungsfrist die zusätzlichen Auskünfte erteilen kann (VgV § 20 [3], Unterabsatz 1). Die Kommunikation erfolgt nur über die Vergabeplattform. (5) Hinweis zu den "Zuschlagskriterien": Die Angebotsinhalte zu den nichtpreislichen Angebotsbestandteilen werden nicht verhandelt. Die für die nichtpreisliche Bewertung relevanten Angebotsbestandteile sind mit dem Erstangebot vorzulegen und werden auf dieser Grundlage unter Berücksichtigung einer vorgesehenen Präsentation (s.a. Hinweise in der Bewertungsmatrix) bewertet. Je Kriterium werden 0, 1, 3 oder 5 Punkte vergeben (näheres siehe Vergabeunterlagen). Es können insg. maximal 235 Punkte erreicht werden. Bewertung Honorarangebote: Die einzelnen Honorarangebote werden jeweils mit max. 5 Punkten bewertet. 5 Punkte erhält das Angebot mit dem niedrigsten Preis, 0 Punkte erhalten Angebote mit dem 1,75-fachen oder mehr als dem 1,75-fachen des niedrigsten Preises. Die Punktzahl errechnet sich im Übrigen dann wie folgt: $0 + 5 \times (\text{niedrigster Preis} \times 1,75 - \text{Preis}) / (\text{niedrigster Preis} \times 1,75 - \text{niedrigster Preis})$. (6) Der Bauherr beabsichtigt, i.R. der Verhandlung (Zuschlagsverfahren) die Frist für die Einlieferung der finalen Honorarangebote im

Einvernehmen mit den Bietern auf 10 Tage festzulegen. Der Auftraggeber behält sich vor, den Zuschlag gemäß VgV §17 (11) auf der Grundlage der Erstangebote zu erteilen. (7) Mit Teilnahme an dem Vergabeverfahren erklärt sich der Bewerber einverstanden, dass sämtliche, auch personenbezogene, vom Bewerber zur Verfügung gestellte Daten im Rahmen des Vergabeverfahrens gespeichert und verarbeitet werden. Er erklärt ferner, dass die Zustimmung hierzu von den betreffenden Personen vorliegt. Die Daten werden ausschließlich für dieses Vergabeverfahren verwendet. Für weitere Informationen zum Datenschutz bitte an den Beschaffer wenden. (8) Informationen über die zweite Phase eines zweiphasigen Verfahrens: Mindest-/Höchstzahl der zur zweiten Phase des Verfahrens einzuladenden Bewerber: 3 - 5. (9) Der Erwerber behält sich das Recht vor, den Auftrag aufgrund der ursprünglichen Angebote ohne weitere Verhandlungen zu vergeben. Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Kriterium:

Art: Eignung zur Berufsausübung

Bezeichnung: Eignung zur Berufsausübung

Beschreibung des Eignungskriteriums: Folgende aktuelle Nachweise/Erklärungen des Bewerbers - bei Bewerbungsgemeinschaften von allen Page 6/12 Mitgliedern - sind zwingend gefordert; bei Nichtvorlage/-abgabe oder unvollständiger Abgabe mit der Bewerbung - auch auf Nachforderung gemäß VgV §56 (2) - wird der Bewerber ausgeschlossen: (1) Besonderer Berufsstand: Die Erbringung der Dienstleistung ist einem besonderen Berufsstand vorbehalten: VgV §75 (1-3) in Verbindung mit VgV §44: Teilnahmeberechtigt sind Landschaftsarchitekten. 1) Natürliche Personen werden zugelassen, wenn sie nach den Gesetzen der Länder berechtigt sind, die Berufsbezeichnung Landschaftsarchitekt zu tragen oder wenn sie berechtigt sind, in der Bundesrepublik Deutschland als Landschaftsarchitekt tätig zu werden und bauvorlageberechtigt sind. 2) Juristische Personen werden zugelassen, wenn sie für die Durchführung der Aufgabe einen verantwortlichen Berufsangehörigen gemäß dem vorstehenden Absatz benennen. 3) Bei Bewerbungsgemeinschaften muss jedes Mitglied die Anforderungen erfüllen, die an natürliche und/oder juristische Personen gestellt werden. Eine Eigenerklärung gemäß vorstehenden Festlegungen erfolgt im Teilnahmeantrag (s. Pkt. 6). (2) Eigenerklärungen/Auflagen: a) Soweit zutreffend: Vorlage eines Auszugs aus dem Berufs- oder Handelsregister oder einem vergleichbaren Register des Heimatlandes des Bewerbers sowie Eigenerklärung (Teilnahmeantrag Punkt 2) des Bewerbers, dass der Auszug den aktuellen Eintragsstand wiedergibt. b) Eigenerklärung (Teilnahmeantrag Pkt. 2) des Bewerbers, dass er im Auftragsfall die Versicherung gemäß Vorgabe (s. Kriterium "Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit") für die gesamte Vertragslaufzeit zur Verfügung stellt. c) Eigenerklärung (Formular 4.1 EU) des Bewerbers/der Mitglieder der Bewerbungsgemeinschaft, dass keine Ausschlussgründe gemäß Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) §123 und §124 vorliegen; d) Eigenerklärung (Teilnahmeantrag Pkt. 3) des Bewerbers/ der Mitglieder der Bewerbungsgemeinschaft zu wirtschaftlichen Verknüpfungen. e) Eigenerklärung zur Beruflichen Befähigung (Teilnahmeantrag Pkt. 6) gemäß Punkt 1 ("Besonderer Berufsstand"). f) Beruft sich der Bewerber/ die Bewerbungsgemeinschaft zur Begründung seiner/ihrer Eignung auf die Kapazitäten anderer Unternehmen (Nachunternehmer), sind die betreffenden Nachunternehmer zu benennen (Teilnahmeantrag Punkt 1), die "Erklärung Unteraufträge /Eignungsanleihe" (Formular 4.3 EU) und die Verpflichtungserklärungen der betreffenden Nachunternehmer nach §47 (1) VgV (Formular 4.4 EU), Erklärungen gemäß §§123 und 124 GWB über das Nichtzutreffen möglicher Ausschlussgründe (Formular 4.1 EU) sowie Eigenerklärung zu einem etwaigen Russlandbezug für die betreffenden Nachunternehmer

vorzulegen. Anderenfalls sind die unter dieser Ziffer geforderten Erklärungen und Nachweise für Nachunternehmer erst auf Verlangen des Auftraggebers vorzulegen. g) Eigenerklärung (Sonderformular Russland-Embargo) zu einem etwaigen Russlandbezug. (3) Rechtsform der Bietergemeinschaft, an die der Auftrag vergeben wird: Bewerbungsgemeinschaften sind vor Angebotsabgabe nicht verpflichtet, eine bestimmte Rechtsform anzunehmen. Bewerbungsgemeinschaften haben mit ihrer Bewerbung eine von allen Mitgliedern unterzeichnete Erklärung (Bewerbungsgemeinschaftserklärung - Formular 4.2 EU) unter zwingender Verwendung des für die Abgabe einer Bewerbung abzurufenden Formblattes abzugeben, - in der die Bildung einer Arbeitsgemeinschaft im Auftragsfall erklärt ist, - in der alle Mitglieder aufgeführt sind und der für die Durchführung des Vertrages bevollmächtigte Vertreter bezeichnet ist, - mit einer Erklärung, dass der bevollmächtigte Vertreter die Mitglieder gegenüber dem Auftraggeber rechtsverbindlich vertritt, - in der erklärt wird, dass alle Mitglieder als Gesamtschuldner haften. Mehrfachbeteiligungen, d.h. parallele Beteiligung als Einzelbieter und gleichzeitig als Gesellschafter einer Bietergemeinschaft sowie als Bieter und gleichzeitig als Nachunternehmer eines Bieters / einer Bietergemeinschaft, führen - wegen der damit verbundenen drohenden Verletzung des Geheimwettbewerbs - zum Ausschluss, sofern die betroffenen Unternehmen nicht nachweisen, dass die Angebote völlig unabhängig voneinander erstellt wurden. Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Kriterium:

Art: Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

Bezeichnung: Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

Beschreibung des Eignungskriteriums: Alle nachfolgend geforderten Angaben sind vom Bewerber - bei Bewerbungsgemeinschaften von der Bewerbungsgemeinschaft insgesamt - unter Berücksichtigung der relevanten Angaben eventueller Eignungsverleiher zu machen; fehlen Angaben oder sind unvollständig - ggf. auf Nachforderung gemäß VgV §56 (2) - wird der Bewerber/die Bewerbungsgemeinschaft ausgeschlossen: (1) Darstellung (Teilnahmeantrag Abschnitt 4.2) der Anzahl (Vollzeitäquivalent) der in den letzten drei Jahren (2022, 2023, 2024) jahresdurchschnittlich beschäftigten Architekten und Ingenieure (Dr.-Ing., Dipl.-Ing. bzw. Bachelor/Master oder gleichwertiger Abschluss) im Leistungsbild Objektplanung Freianlagen im Sinne HOAI 2021 §39 insgesamt / mit Berufserfahrung größer/gleich 5 Jahre. Im Falle der Einschaltung eines Nachunternehmers können nur die Mitarbeiter des Nachunternehmers hinzugerechnet werden, die für den entsprechenden Leistungsanteil eingesetzt wurden. Folgende Mindestanforderungen sind zu erfüllen; Bewerbungen, die diese Mindestanforderungen nicht erfüllen, werden vom weiteren Vergabeverfahren zwingend ausgeschlossen: Anzahl (Vollzeitäquivalent) der jahresdurchschnittlich beschäftigten Architekten und Ingenieure [Dr.-Ing., Dipl.-Ing. bzw. Bachelor/Master oder gleichwertiger Abschluss] im Leistungsbild Objektplanung Freianlagen im Sinne HOAI 2021 §39 im Durchschnitt der letzten 3 Jahre: mind. 2 pro Jahr im Durchschnitt, davon mind. 1 mit Berufserfahrung größer/gleich 5 Jahre. (2) Darstellung (Teilnahmeantrag Punkt 1), welche Leistungen mit dem eigenen Büro und welche gegebenenfalls durch Nachunternehmer erbracht werden sowie deren Benennung. (3) Aus einer Referenzliste (Teilnahmeantrag Pkt. 5.1) sind mindestens 2 und maximal 3 mit der Bauaufgabe vergleichbare Referenzprojekte detailliert vorzustellen (Teilnahmeantrag Abschnitt 5.2), die anhand der Auswertungsmatrix bewertet werden. Für die Wertungsfähigkeit müssen jeweils folgende Unterangaben vollständig getätigt werden: - Bezeichnung der Maßnahme und Ort/Land; - Auftraggeber (Name/Kontaktdaten; der Bauherr behält sich vor, Erkundigungen einzuholen); - Auftragnehmer; - Datum Abschluss Leistungsphase 8 im Sinne HOAI 2021 §39 (mind.

Übergabe an den Nutzer bzw. Betreiber); - anrechenbare Kosten in Kostengruppe 500 nach DIN 276 für Freianlagen; - freiraumplanerisch bearbeitete Fläche; - bearbeitete Leistungsphasen im Sinne HOAI 2021 §39; - Schwierigkeitsgrad (Honorarzone i.S. HOAI 2021 §40); - Typologie (Gartendenkmal [denkmalgeschützte Grün-, Garten-, Parkanlage o.vgl.]; Freifläche im Zusammenhang mit historischen Anlagen [Schloss/Repräsentationsbau, Turm, Stadtmauer, Ruine o.ä.]; Andere Freifläche); - Art der Baumaßnahme im Sinne HOAI 2021 §2 (Wiederherstellung/Rekonstruktion [Wiederaufbau]; Umbau- /Modernisierung; Neuanlage; Andere). Für die Bewertung der fachlichen Eignung können, sofern zutreffend, außerdem zusätzliche Angaben zu ausgewählten Leistungen/ Projektmerkmalen in den mind. 2 und max. 3 Referenzprojekten (siehe Teilnahmeantrag Pkt. 5.2.1 - 5.2.3) erfolgen (nicht zwingend in Bezug auf die Wertungsfähigkeit des Teilnahmeantrags/der Referenzprojekte). Es geht je Leistung/Projektmerkmal maximal ein Projekt in die Wertung ein. Die Referenzen müssen auf je maximal 2 DIN-A4-Seiten (einseitig) in Form von Texten, Plänen, Fotos oder Skizzen weiterführend dargestellt werden. Bei Nichtvorlage wird/werden die Referenz/en nicht gewertet. Die Angaben zu den Referenzprojekten (Teilnahmeantrag Pkt. 5) sind von der Bewerbungsgemeinschaft insgesamt (inklusive Nachunternehmer, sofern zutreffend) zu machen. Folgende Mindestanforderungen sind zu erfüllen; Bewerbungen, die diese Mindestanforderungen nicht erfüllen, werden vom weiteren Vergabeverfahren zwingend ausgeschlossen: Mindestanforderungen, damit die Eignung zuerkannt werden kann: Gewertet werden nur Referenzprojekte (mindestens 2 und maximal 3), welche die folgenden Bedingungen erfüllen: 1. Abschluss Leistungsphase 8 im Sinne HOAI 2021 §39 (mind. Übergabe an den Nutzer bzw. Betreiber) im Zeitraum 02/2017 bis 01/2025; 2. anrechenbare Kosten in Kostengruppe 500 nach DIN 276 für Freianlagen: mindestens 130.000 Euro netto pro Projekt. Mit diesen Referenzprojekten (mindestens 2 und maximal 3) sind zusätzlich folgende Mindestanforderungen zu erfüllen: a) mindestens ein Referenzprojekt mit der Zuordnung "Öffentlicher Auftrag im Sinne GWB §103"; b) mindestens ein Referenzprojekt mit der Zuordnung Gartendenkmal (denkmalgeschützte Grün-, Garten-, Parkanlage o.vgl.); c) mindestens ein Referenzprojekt mit der Zuordnung Wiederherstellung/Rekonstruktion im Sinne HOAI 2021 §2; d) mindestens ein Referenzprojekt, bei dem die Grundleistungen der Leistungsphasen 2 bis 8 im Sinne HOAI 2021 §39 durchgängig erbracht wurden; e) mindestens ein Referenzprojekt mit Honorarzone im Sinne HOAI 2021 §40 größer/gleich 3. Diese fünf weiteren Mindestanforderungen müssen in einem oder mehreren Referenzprojekten (maximal 3) erfüllt sein, die Kombination dabei ist beliebig. Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Informationen über die zweite Phase eines zweiphasigen Verfahrens:

Mindestzahl der zur zweiten Phase des Verfahrens einzuladenden Bewerber: 3

Höchstzahl der zur zweiten Phase des Verfahrens einzuladenden Bewerber: 5

5.1.11. Auftragsunterlagen

Sprachen, in denen die Auftragsunterlagen offiziell verfügbar sind: Deutsch

Frist für die Anforderung zusätzlicher Informationen: 05/03/2025 23:59:59 (UTC+01:00)

Mitteeuropäische Zeit, Westeuropäische Sommerzeit

Internetadresse der Auftragsunterlagen: <https://vergabemarktplatz.brandenburg.de/VMPSatellite/notice/CXURYYDYT6V8XYCH/documents>

Ad-hoc-Kommunikationskanal:

URL: <https://vergabemarktplatz.brandenburg.de/VMPSatellite/notice/CXURYYDYT6V8XYCH>

5.1.12. Bedingungen für die Auftragsvergabe Verfahrensbedingungen:

Voraussichtliches Datum der Absendung der Aufforderungen zur Angebotseinreichung: 15/04/2025

Bedingungen für die Einreichung:

Elektronische Einreichung: Erforderlich

Adresse für die Einreichung: <https://vergabemarktplatz.brandenburg.de/VMPSatellite/notice/CXURYYDYT6V8XYCH>

Sprachen, in denen Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können: Deutsch

Elektronischer Katalog: Nicht zulässig

Varianten: Nicht zulässig

Die Bieter können mehrere Angebote einreichen: Nicht zulässig

Frist für den Eingang der Teilnahmeanträge: 18/03/2025 08:00:00 (UTC+01:00)

Mitteuropäische Zeit, Westeuropäische Sommerzeit

Dauer, während der das Angebot gültig bleiben muss: 86 Tage

Informationen, die nach Ablauf der Einreichungsfrist ergänzt werden können:

Nach Ermessen des Käufers können alle fehlenden Bieterunterlagen nach Fristablauf nachgereicht werden.

Zusätzliche Informationen: keine

Auftragsbedingungen:

Die Auftragsausführung muss im Rahmen von Programmen für geschützte

Beschäftigungsverhältnisse erfolgen: Nein

Bedingungen für die Ausführung des Auftrags: Einzureichende Unterlagen: - 4.3 EU Erklärung

Unteraufträge Eignungsleihe (mit dem Angebot mittels Eigenerklärung vorzulegen): EU - 4.4

EU Verpflichtungserklärung anderer Unternehmen (mit dem Angebot mittels Eigenerklärung

vorzulegen): EU - Eigenerklärung EU Sanktionen (mit dem Angebot mittels Eigenerklärung

vorzulegen): Eigenerklärung zur Umsetzung der EU-Sanktionen im Zusammenhang mit dem

Ukraine Krieg (1) Örtliche Präsenz während der Planungs- u. Bauzeit in engen Intervallen

gem. Erfordernis; personelle Kontinuität bezüglich der Präsenz vor Ort. (2) Gesetze,

Verordnungen und Verwaltungsvorschriften des Bundes und der Landesverwaltung

Brandenburg (u.a. RBBau, RLBau Bbg., BHO, LHO Bbg., RZBau) (3) Bürgerliches

Gesetzbuch (BGB). (4) Vertrag inkl. Anlagen. (5) Im Falle der Angebotsaufforderung vorzul.

Erklärungen. (6) Berufshaftpflichtversicherung gem. Eignungskriterien "Wirtschaftliche und

finanzielle Leistungsfähigkeit". (7) Einschätzung AG bzgl. Honorarzone (HOAI §40): HZ III.

Elektronische Rechnungsstellung: Erforderlich

Aufträge werden elektronisch erteilt: ja

Zahlungen werden elektronisch geleistet: ja

Finanzielle Vereinbarung: gemäß Vergabeunterlagen

5.1.15. Techniken

Rahmenvereinbarung:

Keine Rahmenvereinbarung

Informationen über das dynamische Beschaffungssystem:

Kein dynamisches Beschaffungssystem

5.1.16. Weitere Informationen, Schlichtung und Nachprüfung

Überprüfungsstelle: Vergabekammer des Landes Brandenburg beim Ministerium für
Wirtschaft, Arbeit und Energie

Informationen über die Überprüfungsfristen: Mit der Abgabe eines Angebotes unterliegt der
Bieter/die Bieterin den Bestimmungen über nicht berücksichtigte Angebote gemäß § 62 VgV.

Vergaberechtsverstöße sind vom Antragsteller eines Nachprüfungsverfahrens vor der

Vergabekammer gegenüber der Vergabestelle zu rügen. Gemäß §160 (3) GWB ist ein Antrag

auf ein Nachprüfungsverfahren unzulässig, soweit: 1) der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von zehn Kalendertagen gerügt hat; der Ablauf der Frist nach § 134 Absatz 2 bleibt unberührt, 2) Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Angebotsabgabe oder zur Bewerbung gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden, 3) Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden, 4) mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind. 5) Gemäß §135 (2) GWB kann eine Unwirksamkeit eines Vertrages nur festgestellt werden, wenn sie im Nachprüfungsverfahren innerhalb von 30 Kalendertagen ab Kenntnis des Verstoßes, jedoch nicht später als 6 Monate nach Vertragsschluss geltend gemacht worden ist. Hat der Auftraggeber die Auftragsvergabe im Amtsblatt der Europäischen Union bekannt gemacht, endet die Frist zur Geltendmachung der Unwirksamkeit 30 Kalendertage nach Veröffentlichung der Bekanntmachung der Auftragsvergabe im Amtsblatt der Europäischen Union.

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt: Stiftung Preußische Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg

Organisation, die Teilnahmeanträge entgegennimmt: Stiftung Preußische Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg

Beschaffungsdienstleister: Stiftung Preußische Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg

TED eSender: Datenservice Öffentlicher Einkauf (in Verantwortung des Beschaffungsamts des BMI)

8. Organisationen

8.1. ORG-0001

Offizielle Bezeichnung: Stiftung Preußische Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg

Registrierungsnummer: 5224089a-0ec9-42aa-a3c4-979a8a95c2a2

Postanschrift: Allee nach Sanssouci 6

Stadt: Potsdam

Postleitzahl: 14471

Land, Gliederung (NUTS): Potsdam, Kreisfreie Stadt (DE404)

Land: Deutschland

Kontaktperson: Vergabestelle

E-Mail: vergabestelle@spsg.de

Telefon: +49 3319694-0

Fax: +49 3319694-373

Rollen dieser Organisation:

Beschaffer

Zentrale Beschaffungsstelle, die öffentliche Aufträge oder Rahmenvereinbarungen im Zusammenhang mit für andere Beschaffer bestimmten Bauleistungen, Lieferungen oder Dienstleistungen vergibt/abschließt

8.1. ORG-0002

Offizielle Bezeichnung: Stiftung Preußische Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg

Registrierungsnummer: e10bf0ff-dfd5-4f97-8716-918975f32922

Postanschrift: Allee nach Sanssouci 6

Stadt: Potsdam
Postleitzahl: 14471
Land, Gliederung (NUTS): Potsdam, Kreisfreie Stadt (DE404)
Land: Deutschland
Kontaktperson: Vergabestelle
E-Mail: vergabestelle@spsg.de
Telefon: +49 3319694-0
Fax: +49 3319694-373
Rollen dieser Organisation:
Beschaffungsdienstleister

8.1. ORG-0003

Offizielle Bezeichnung: Stiftung Preußische Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg
Registrierungsnummer: 4baf4e4e-a392-49a3-94b7-b45001a748d1
Postanschrift: Allee nach Sanssouci 6
Stadt: Potsdam
Postleitzahl: 14471
Land, Gliederung (NUTS): Potsdam, Kreisfreie Stadt (DE404)
Land: Deutschland
Kontaktperson: Vergabestelle
E-Mail: vergabestelle@spsg.de
Telefon: +49 3319694-0
Fax: +49 3319694-373
Rollen dieser Organisation:
Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt

8.1. ORG-0004

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammer des Landes Brandenburg beim Ministerium für
Wirtschaft, Arbeit und Energie
Registrierungsnummer: db5c1769-3331-45d8-a444-dbbf1a0e3762
Postanschrift: Heinrich-Mann-Allee 107
Stadt: Potsdam
Postleitzahl: 14473
Land, Gliederung (NUTS): Potsdam, Kreisfreie Stadt (DE404)
Land: Deutschland
Kontaktperson: Vergabekammer
E-Mail: Vergabekammer@MWAE.Brandenburg.de
Telefon: +49 331866-1719
Fax: +49 331866-1652
Rollen dieser Organisation:
Überprüfungsstelle

8.1. ORG-0005

Offizielle Bezeichnung: Stiftung Preußische Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg
Registrierungsnummer: f9f7ff5c-5291-4460-b4be-fd7ced4a6ccb
Postanschrift: Allee nach Sanssouci 6
Stadt: Potsdam
Postleitzahl: 14471
Land, Gliederung (NUTS): Potsdam, Kreisfreie Stadt (DE404)
Land: Deutschland
Kontaktperson: Vergabestelle

E-Mail: vergabestelle@spsg.de

Telefon: +49 3319694-0

Fax: +49 3319694-373

Rollen dieser Organisation:

Organisation, die Teilnahmeanträge entgegennimmt

8.1. ORG-0006

Offizielle Bezeichnung: Datenservice Öffentlicher Einkauf (in Verantwortung des Beschaffungsamts des BMI)

Registrierungsnummer: 0204:994-DOEVD-83

Stadt: Bonn

Postleitzahl: 53119

Land, Gliederung (NUTS): Bonn, Kreisfreie Stadt (DEA22)

Land: Deutschland

E-Mail: noreply.esender_hub@bescha.bund.de

Telefon: +49228996100

Rollen dieser Organisation:

TED eSender

10. Änderung

Fassung der zu ändernden vorigen Bekanntmachung

:

1de0baa0-b460-471d-9af6-2b450bae5759-01

Hauptgrund für die Änderung

:

Korrektur – Beschaffer

Beschreibung

:

Korrektur der Teilnahmeanträge in der Bewertungsmatrix Stufe 1

10.1. Änderung

Abschnittskennung: PROCEDURE

Beschreibung der Änderungen: Korrektur der Teilnahmeanträge in der Bewertungsmatrix Stufe 1

Änderung der Auftragsunterlagen am: 03/03/2025

Informationen zur Bekanntmachung

Kennung/Fassung der Bekanntmachung: 6311c05f-5cc6-4c59-9ef3-5246b5f2360e - 01

Formulartyp: Wettbewerb

Art der Bekanntmachung: Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung

Unterart der Bekanntmachung: 16

Datum der Übermittlung der Bekanntmachung: 03/03/2025 13:59:07 (UTC+01:00)

Mitteuropäische Zeit, Westeuropäische Sommerzeit

Sprachen, in denen diese Bekanntmachung offiziell verfügbar ist: Deutsch

Veröffentlichungsnummer der Bekanntmachung: 142386-2025

ABl. S – Nummer der Ausgabe: 44/2025

Datum der Veröffentlichung: 04/03/2025